ANTRAG

der Fraktionen der SPD und PDS und der Abgeordneten Renate Holznagel, Lorenz Caffier, Beate Schlupp, Dr. Ulrich Born, Andreas Petters und Dr. Henning von Storch, Fraktion der CDU

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 13. Ostseeparlamentarierkonferenz in Bergen (Norwegen) am 30. und 31. August 2004

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 13. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Bergen am 31. August 2004 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass die 13. BSPC den vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen - gemäß Drucksache 4/1255 - zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit und Security durch die Bezugnahme auf die Ergebnisse der HELCOM-Riga-Konferenz im Wesentlichen zugestimmt hat,
 - b) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement in der Sache sowie im Rahmen der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei der Helsinki-Kommission fortzusetzen und
 - c) dass gemeinsame Vorschläge für ergänzende Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit auf der Ostsee erarbeitet und dem Unterausschuss für Seesicherheit der IMO (NAV) vorgelegt und darüber hinaus wirksame untersetzende Schutzmaßnahmen (Associated Protective Measures - APMs) von den Regierungen, dem Ostseerat und der HELCOM unterstützt werden sollen.

3. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, den Beschlüssen der 13. BSPC sowie der HELCOM weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen, im Rahmen ihrer Jahresberichte zur Zusammenarbeit im Ostseeraum, die auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses vom 12. März 2003 zu Drucksache 4/281 vorgelegt werden, insbesondere auch jeweils auf die Entwicklungen und geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der maritimen Sicherheit auf den unterschiedlichen Ebenen einzugehen sowie auch über die Umsetzung der in den Resolutionen enthaltenen Forderungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene zu informieren.

Volker Schlotmann und Fraktion

Angelika Gramkow und Fraktion

Renate Holznagel, MdL

Lorenz Caffier, MdL

Beate Schlupp, MdL

Dr. Ulrich Born, MdL

Andreas Petters, MdL

Dr. Henning von Storch, MdL

Begründung:

Vom 30. bis 31. August 2004 fand in Bergen, Norwegen, die 13. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) statt. Vertreten waren 180 Delegierte nationaler und regionaler Parlamente aller Ostseeanrainerstaaten. Die Konferenzteilnehmer behandelten in drei Sitzungsabschnitten die Hauptthemen „Parlamentarische Zusammenarbeit“, „Aufbau der Zivilgesellschaft“, „Öffentliche Gesundheit und soziale Wohlfahrt“ sowie „Nachhaltige Entwicklung und Schutz der Meeresumwelt“.

Deutlich wurde, dass auch in dieser Konferenz das Thema „Meeresumweltschutz und maritime Sicherheit“ wieder ein Schwerpunkt war und nach wie vor als wichtiger politischer Tagesordnungspunkt gesehen wird. Der vom Landtag Mecklenburg Vorpommern zusammen mit dem dänischen Parlament vorgelegte Bericht über die Wahrnehmung des Beobachterstatus bei der Helsinkikommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (Helsinki Commission - HELCOM) wurde als wichtige Arbeitsgrundlage für die Erarbeitung der Schlussresolution herausgehoben. Demzufolge wurde das Mandat zur Ausübung des Beobachterstatus bei HELCOM durch den Landtag Mecklenburg Vorpommern und das dänische Parlament von der Konferenz ausdrücklich bestätigt und verlängert.

Die Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern betonte in der Konferenz die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur maritimen Sicherheit, die über den Stand des bisher Erreichten hinausgehen und dass der Schutz vor Meeresverschmutzungen durch den Seeverkehr weiter ein Schwerpunkt der maritimen Umwelt- und Verkehrspolitik aller Ostseeanrainer sein muss. Diese Grundhaltung wurde vor allem vom finnischen Umweltminister und weiteren Rednern der deutschen Delegationen und Dänemarks unterstützt.

Als zukünftig besonders wichtiges Thema wurden der Eintrag von Nähr- und Schadstoffen aus der Landwirtschaft und die dadurch bedingte Belastung der Ostsee gesehen.

Nach hartem Ringen, vor allem im Resolutionsausschuss, wurden in der Schlussresolution auf Initiative der deutschen Delegationen (Deutscher Bundestag, Bremische Bürgerschaft, Hamburgische Bürgerschaft, Landtag Schleswig-Holstein) die zuvor einen Vorschlag des Landtages Mecklenburg Vorpommern aufgegriffen hatten, die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten sowie die HELCOM und der Ostseerat aufgefordert, die Notwendigkeit der Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der maritimen Sicherheit zu beachten. Dazu sollen Vorschläge für weitere Maßnahmen innerhalb der HELCOM auf der Grundlage eines Maßnahmenpaketes entwickelt werden, dem eine von der HELCOM durchgeführte Konferenz auf Vorschlag Mecklenburg Vorpommerns im März dieses Jahres in Riga zugestimmt hatte.

Nach den Ergebnissen dieser Konferenz gehören zum zusätzlichen Handlungsbedarf:

- eine Intensivierung der Hafenstaatkontrolle durch Bereitstellung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Kontrolleure und durch eine Durchführung der Kontrollen auf der Grundlage von effektiven und harmonisierten Standards, mit denen sichergestellt wird, dass 25 % aller Schiffe, die in einen Hafen einlaufen, kontrolliert werden,
- eine Intensivierung der Bemühungen zur Ausweisung von Nothäfen und Notliegeplätzen für im Ostseeraum in Seenot geratene Schiffe unter Beteiligung lokaler Behörden in diesem Prozess,
- eine kontinuierliche Schulung und Ausbildung von Schiffsoffizieren und Mannschaften vor allem in Bezug auf das Verhalten in Notfällen,
- die Fortführung der Bemühungen zur Standardisierung der Ausstattung von Schiffsbrücken gemäß den in Kapitel V des Anhangs zum Internationalen Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (SOLAS) aufgeführten Anforderungen,
- die Ausarbeitung internationaler Bestimmungen zur bildlichen Darstellung von AIS-Daten an Bord von Schiffen entweder durch Darstellung auf dem Radarschirm oder mit Hilfe des ECDIS-Systems,
- die Förderung der Verwendung von schwefelarmen Treibstoffen u. a. auch durch Einführung wirtschaftlicher Anreize und
- einen verstärkten Einsatz von Durchsetzungsmaßnahmen, vor allem in Bezug auf die Ermittlung und Verfolgung von Verletzungen von Umweltschutzvorschriften, z. B. durch systematische Kontrollen auf See und in Häfen, einschließlich einer Untersuchung der Frage, ob nicht nur der Kapitän eines Schiffs sondern auch der Reeder, der Befrachter und der Ladungseigentümer haftbar gemacht werden können.

Weiterhin wurden die Regierungen, der Ostseerat und die HELCOM aufgefordert, konkretisierende effektive Schutzmassnahmen auf der Grundlage aller bisherigen Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenzen zu unterstützen. Auch wenn die russische Delegation hierzu eine andere Auffassung hatte, sind damit vor allem untersetzende Maßnahmen nach der Ausweisung der Ostsee als besonders empfindliches Meeresgebiet angesprochen.

Mit den vorliegenden Beschlüssen ist es gelungen, in letzter Minute einen Durchbruch zu weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der maritimen Sicherheit zu erzielen.

Mit dem einvernehmlichen Votum aller Delegationen wurde der aus der Anlage ersichtlichen Resolution zugestimmt. Die 14. BSPC soll am 29. und 30. August 2005 im litauischen Vilnius stattfinden.

Mit seiner Zustimmung zu den Beschlüssen der BSPC unterstreicht der Landtag - wie in den Vorjahren - seine Unterstützung für die in der Resolution enthaltenen Positionen und Forderungen.

Die Verabschiedung entsprechender Beschlüsse zur Unterstützung der Konferenzresolutionen in allen Parlamenten der teilnehmenden Länder, wie es der Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren praktiziert, war während der Konferenz nachdrücklich eingefordert worden.

Anlage
(nichtamtliche Übersetzung)

Konferenz-Resolution

angenommen durch die 13. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Teilnehmer der Konferenz*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten, die sich am 30./31. August 2004 in Bergen, Norwegen, versammelten, um die nachhaltige Entwicklung, den Schutz der Meeresumwelt und gemeinsame Belange und Verantwortung in der Ostseeregion sowie die Zukunft der parlamentarischen Zusammenarbeit im nördlichen Europa zu erörtern;

überzeugt von

der Notwendigkeit, dass sich Parlamente gemeinsam auf Ostseefragen konzentrieren müssen, um konkrete Bereiche zu ermitteln, in denen vom Ostseerat, der HELCOM, anderen regionalen Organisationen und nationalen Regierungen Maßnahmen ergriffen werden können, und überzeugt davon, dass nicht nur einzelne Länder sondern auch die internationale Zusammenarbeit und die Region selbst davon profitieren wird;

in Anbetracht

der allmählichen Stärkung der parlamentarischen Dimension in der Ostseeregion und der zunehmenden Anerkennung der Parlamente als Kooperationspartner im Ostseerat;

der Förderung einer Weiterentwicklung regionaler und subregionaler Kooperation durch die Nördliche Dimension und die Europäische Nachbarschaftspolitik;

unter Berücksichtigung

der Tatsache, dass Regierungen und Parlamentarier bei ihrer Zusammenarbeit die von nichtstaatlichen Organisationen gesammelten Erfahrungen bei der Sicherstellung der Beteiligung der Bevölkerung am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben anerkennen und nutzen;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion und den Ostseerat auf,

die Partnerschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der öffentlichen Wohlfahrt zu unterstützen und damit die Zusammenarbeit und Koordinierung bei der Verhütung bedeutender Probleme im öffentlichen Gesundheitswesen zu verbessern;

die Schaffung einer Partnerschaft zur Aufklärung über die Auswirkungen der Umwelt auf die öffentliche Gesundheit zu unterstützen;

den Grundgedanken der zivilen Gesellschaft durch die Einbindung nichtstaatlicher Organisationen in den Entscheidungsprozess soweit möglich zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen nichtstaatlichen Organisationen in der Region z.B. durch wirtschaftliche Unterstützung bei der Schaffung internationaler NGO-Netze zu stärken;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat sowie die HELCOM auf, Maßnahmen zur Minderung der Belastung der Meeresumwelt und zur Bekämpfung der Eutrophierung der Ostsee zu ergreifen, um ein ausgewogenes ökologisches System zu fördern;

die Notwendigkeit einer Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Helsinki-Konvention zu berücksichtigen und unter dem Dach der HELCOM gemeinsame Vorschläge für ergänzende Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit auf der Ostsee zu erarbeiten und dem Unterausschuss für Seesicherheit der IMO (NAV) vorzulegen;

wirksame untersetzende Schutzmaßnahmen in Bezug auf die entsprechenden Bestimmungen in allen von der Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedeten Resolutionen zum Schutz der Meeresumwelt in der Ostseeregion zu unterstützen;

bitten den Ständigen Ausschuss,

Vorschläge zur Förderung der parlamentarischen Dimension in Zusammenarbeit mit dem Ostseerat und den beteiligten Parlamenten sowie den jeweiligen interparlamentarischen Gremien auszuarbeiten;

Weiterhin

begrüßen die Teilnehmer der Konferenz die freundliche Einladung des litauischen Parlaments, die 14. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28.-30. August 2005 in Vilnius abzuhalten und nehmen sie dankbar an.

* Baltische Versammlung, Bundesrepublik Deutschland, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Dänemark, Estland, Finnland, Freie und Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordischer Rat, Norwegen, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Polen, Schleswig-Holstein, Schweden, Stadt St. Petersburg, Åland.

Conference Resolution

Adopted by the 13th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants*, elected representatives from the Baltic Sea States, assembled in Bergen, Norway on 30 - 31 August 2004, to discuss sustainable development, protection of the marine environment, and shared concerns and responsibilities related to the Baltic Sea Region and the future of the parliamentary co-operation in Northern Europe,

Convinced that

a common focus on Baltic Sea issues among Parliaments is indispensable for identifying practical areas where actions can be taken by CBSS, HELCOM, other regional organisations and national governments and that this will be to the benefit of not only individual countries but to international co-operation and to the region itself.

Noting

the gradual development of strengthening of the parliamentary dimension in the Baltic Sea Region and achieving the position of parliamentary co-operative partner in the CBSS,

the Northern Dimension and the European Neighbourhood Policy promoting further development of regional and sub-regional co-operation.

Taking into account

that co-operation among governments and parliamentarians recognise and draw on experience from NGOs in ensuring popular grass-root participation in political, social and economic life,

Call on governments in the Baltic Sea region and the CBSS to

support the Partnership in Public Health and Social Wellbeing thereby improving co-operation and co-ordination in the prevention of major public health problems,

support the establishment of a Partnership in Education on Environmental Effects on Public Health,

promote the basic idea of a Civil Society by involving NGOs, when appropriate, in the decision-making process and to strengthen the co-operation between NGOs in the region, for instance by giving economic support to international networking of NGOs

Call on governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and HELCOM to

take action to reduce the pressure on the marine environment and to combat eutrophication of the Baltic Sea in order to promote a well-balanced ecological system,

take into account the need to implement the results of the commemoration of 30 years of the Helsinki Convention, and to develop common proposals under the umbrella of HELCOM for supplementary measures to achieve further improvements of maritime safety and security in the Baltic Sea and to submit these proposals to the IMO's Maritime Safety Committee (NAV),

to support effective associated protective measures with respect to relevant provisions in all the resolutions of BSPPC on the protection of marine environment of the Baltic Sea.

Ask the Standing Committee to

elaborate proposal how to develop the parliamentary dimension in co-operation with the CBSS and the participating parliaments and the relevant interparliamentary bodies.

Furthermore

the Conference welcomes and accept with gratitude the kind invitation of the Lithuanian Parliament to hold the 14th Baltic Sea Parliamentary Conference on 28 - 30 August 2005 in Vilnius.

* Baltic Assembly, City of St. Petersburg, Denmark, Estonia, Federal Assembly of the Russian Federation, Federal Republic of Germany, Finland, Free and Hanse City of Bremen, Free and Hanse City of Hamburg, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Nordic Council, Norway, Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Poland, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland.